

NACHRICHTEN

«Aussenministerium» der ETA aufgelöst

MADRID: Mit einer Serie von Razzien hat die spanische Polizei das «Auslandsnetz» der baskischen Separatistenorganisation ETA ausgehoben. In Madrid und mehreren baskischen Städten nahm sie acht Verdächtige fest. Die sechs Männer und zwei Frauen stehen nach Angaben der Behörden im Verdacht, die Versorgung untergetauchter ETA-Terroristen in Staaten Europas und Lateinamerikas organisiert zu haben. Mit ihrer Festnahme sei das «Aussenministerium» der ETA aufgelöst worden, heisst es in Presseberichten am Sonntag. Unter den Festgenommenen waren sechs Mitglieder der ETAnahen Partei Herri Batasuna, darunter der Angehörige der Parteiführung, Gorka Martínez. Innenminister Jaime Mayor Oreja sagte, die Festgenommenen würden der Zusammenarbeit mit einer terroristischen Vereinigung verdächtigt.

17 tamilische Rebellen in Sri Lanka getötet

COLOMBO: In Sri Lanka sind bei Gefechten zwischen Regierungssoldaten und tamilischen Aufständischen nach offiziellen Angaben 17 Rebellen getötet worden. Die Kämpfe hätten sich am Samstag auf der nördlichen Halbinsel Jaffna ereignet, teilte das Verteidigungsministerium am Sonntag mit. Die Separatisten-Gruppe Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) nahm zu den Angaben keine Stellung. Der Polizei zufolge wurden bei einem Bombenanschlag auf einen Bus am Sonntag 16 Menschen verletzt. Der Bus habe sich auf dem Weg in die Hauptstadt Colombo befunden. Am Donnerstag waren bei einem Bombenanschlag auf ein Postamt in Sri Lanka acht Menschen getötet und 73 verletzt worden. Die Behörden machten die LTTE für die Tat verantwortlich. Seit Beginn des Kampfs der Tamilen für einen eigenen Staat 1983 wurden in dem Konflikt mehr als 55 000 Menschen getötet.

Russischer Soldat erschoss fünf Menschen

MOSKAU: Bei einem Amoklauf hat ein 19-jähriger desertierter Soldat in Nordwestrussland fünf Bewohner eines Dorfes erschossen. Nach dem Blutbad habe sich der Soldat selbst getötet, meldete die Nachrichtenagentur Interfax am Sonntag unter Berufung auf die russischen Grenztruppen. Die Leiche des Rekruten sei am Morgen nahe des Dorfes Prigornik in der russischen Exklave Kaliningrad gefunden worden. Das Motiv für den Amoklauf war zunächst unklar. In russischen Einheiten kommt es immer wieder zu Verzweiflungstaten junger Soldaten. Die Armee ist berüchtigt für den brutalen Wehrdienst. Viele Einheiten gelten auch als unterversorgt.

Anführer von pro-israelischer Miliz getötet

KIRJAT SCHMONA: Bei einem Anschlag in Libanon ist am Sonntag ein Anführer der mit Israel verbündeten Südlbanesischen Armee (SLA) getötet worden. Wie ein israelischer Militärsprecher mitteilte, wurde der stellvertretende Chef der Miliz, Akel Hachem, in seiner Wohnung in einem südlbanesischen Dorf Opfer eines Bombenattentats. In Libanon kämpfen verschiedene fundamentalistische und pro-syrische Milizen gegen Israel und die pro-israelische SLA.

An Gewalttaten in Osttimor beteiligt

NEW YORK: Die indonesische Armee ist laut einem Bericht der Vereinten Nationen für die Gewalttaten mitverantwortlich, die pro-indonesische Milizen im vergangenen Jahr in Osttimor begangen haben. Teile der Untersuchung, die am Montag veröffentlicht werden soll, wurden bereits am Samstag bekannt. Der Terror gegen die Zivilbevölkerung wäre ohne eine aktive Beteiligung der Armee nicht möglich gewesen, hiess es. Die Armeespitze habe von den Gräueltaten gewusst. In dem Papier wird die Einrichtung eines internationalen Tribunals vorgeschlagen, das die Menschenrechtsverletzungen der Armee untersuchen soll. Pro-indonesische Milizen hatten Osttimor nach dem Unabhängigkeitsreferendum im August mit einer Welle der Gewalt überzogen, bei der zahlreiche Menschen getötet wurden. Eine UNO-Kommission hatte die Gewalttaten in Osttimor Ende vergangenen Jahres untersucht. Den Angaben zufolge beruft sich der 57 Seiten lange Bericht des Gremiums auf 170 Zeugnisaussagen.

Zuwanderungs-Stopp

Regierungsbildung in Österreich zwischen ÖVP und FPÖ

WIEN: Bei ihren Koalitionsverhandlungen in Wien haben sich die österreichische konservative Volkspartei (ÖVP) und die rechtspopulistische FPÖ auf einen Zuwanderungsstopp für Ausländer geeinigt.

Beide Parteien wollten eine Quotenregelung, die «de facto auf eine Null-Zuwanderung» hinauslaufe, sagte FPÖ-Chef Jörg Haider am Samstag. Auch unter der bisherigen regierenden Koalition aus Sozialdemokraten und ÖVP war die Zuwanderung von Ausländern bereits weitgehend auf die Zusammenführung von Familien beschränkt.

Verschärfung internationaler Kritik

Die internationale Kritik an einer möglichen Regierungsbeteiligung der FPÖ verschärfte sich am Wochenende. Frankreichs Präsident Jacques Chirac verlangte ein gemeinsames Vorgehen der EU, um einen Rechtsruck in Wien zu verhindern. Der amtierende EU-Ratspräsident Antonio Guterres sagte, die Verletzung der EU-Grundwerte wäre keine innere Angelegenheit Österreichs mehr. Bundeskanzler Gerhard Schröder warnte Österreich davor, sich international ins Abseits zu stellen.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, warnte in einem Beitrag für die Zeitung «Bild am Sonntag», FPÖ-Chef Haider sei «ein Wolf im Schafspelz». Auch Adolf Hitler habe einmal klein angefangen.

Die ARD-Talk-Show «Sabine



Haider wurde für die ARD-Talk-Show «Sabine Christiansen» kurzfristig wieder eingeladen. (Bild: Keystone)

Christiansen» lud Haider am Sonntag kurzfristig aus. Als Grund wurde angegeben, dass kein hochrangiger Vertreter jüdischer Organisationen oder der deutschen Regierung bereit war, mit dem Chef der rechten Freiheitlichen Partei (FPÖ) zu diskutieren. Trotz der Warnungen setzten die Wunschkoalitionäre ihre Gespräche fort. Der möglicherweise baldige Kanzler Wolfgang Schüssel – derzeit noch Aussenminister – gab sich als Garant dafür, dass

Österreich «berechenbar» bleibe. Haider sagte, Europa werde sich an ihn und seine Partei gewöhnen.

Österreich lasse sich «nicht mit Halbdiktaturen in einen Topf werfen», sagte am Sonntag ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel. FPÖ und ÖVP wollen sich bis Mittwoch über eine gemeinsame Regierung einigen.

Ebenfalls haben die ÖVP und die FPÖ bei ihren Koalitionsgesprächen am Sonntag eine gemeinsame Position im Medien- und Bil-

dungsbereich erzielt. Nach Angaben beider Seiten sollen unter der neuen Regierung landesweit private Fernseh- und Radiosender zugelassen werden. Bislang hatte die staatliche Rundfunkanstalt ORF auf Bundesebene eine Monopolstellung innegehabt.

Der Verhandlungsführer der FPÖ, Peter Westenthaler, sprach von einem «Durchbruch» und einer «Modernisierung» im Mediensektor.

Sonia Gandhi provoziert ihre Festnahme

Proteste gegen geplante Verfassungsänderung

NEU DELHI: Aus Protest gegen geplante Verfassungsänderungen hat die indische Oppositionsführerin Sonia Gandhi am Sonntag ihre Festnahme provoziert. Sie wurde aber sofort wieder freigelassen.

Gandhi (53) war mit Parteifreunden zum Haus von Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee marschiert, um ihm ein Protestschreiben zu überreichen. Als Sicherheitsbeamte sie aufhalten wollten, widersetzte sich Gandhi und löste damit ihre kurzzeitige Festnahme aus, wie die indische Nachrichtenagentur UNI berichtete.

Sich von der Polizei abführen zu lassen, ist in Indien eine häufige Form des Protestes, die noch aus der Zeit des Kampfes gegen die britischen Kolonialherren stammt.

Gandhis Kongresspartei kritisiert, Vajpayee von der Hindu-Par-



Sonia Gandhi wurde festgenommen, später wieder freigelassen. (Bild: Key)

tei BJP privatisiere staatliche Einrichtungen, betreibe eine Politik gegen die Armen und wolle die Ver-

fassung der Republik in Richtung einer präsidentialen Demokratie ändern.

Intensivgespräche in Israel

Rahmenabkommen für dauerhafte Friedensregelung

KAIRO: Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak hat alle an den Nahost-Verhandlungen beteiligten Parteien zu Friedenskompromissen aufgefordert. Israel fühle sich weiterhin verpflichtet, alle strittigen Probleme zu lösen, sagte Barak am Sonntag in Kairo.

Barak sagte die Übergabe weiterer Gebiete an die Palästinenser binnen zehn Tagen zu. Die Beschlüsse des Friedensabkommens von Scharm el Scheich sollten planmässig umgesetzt werden. Er machte jedoch keine Angaben, um welche Gebiete es sich handeln sollte.

Unter Zeitdruck hatten zuvor Is-

raelis und Palästinenser nördlich von Jerusalem Marathonverhandlungen über das Rahmenabkommen für eine Friedenslösung aufgenommen. Vereinbarungsgemäss haben beide Seiten nur noch zwei Wochen Zeit, sich über die komplizierten Fragen ihres Konflikts zu einigen.

Die Marathonverhandlungen sollen etwa zwei Wochen andauern. Für Freitag ist ein Gipfeltreffen zwischen Barak und Palästinenserpräsident Jassir Arafat geplant.

Dieser Termin war am Samstag nach einer Begegnung Arafats mit Clinton in Davos vereinbart worden. Am Sonntag traf Arafat in Da-

vos ausserdem mit US-Aussenministerin Madeleine Albright zusammen.

In palästinensischen Delegationen hiess es, das Gespräch sei konstruktiv gewesen. Die USA seien offensichtlich an einer Beschleunigung des Friedensprozesses interessiert. Jetzt hänge viel von Baraks Position ab. Am Mittwoch wird auch der US-Unterhändler Dennis Ross im Nahen Osten erwartet, um an den Gesprächen teilzunehmen.

In Moskau beginnen an diesem Montag nach fast vierjähriger Unterbrechung erneut die multilateralen Nahost-Gespräche auf Aussenminister-Ebene.

Vier weitere Opfer der Hisbollah

ANKARA: Die türkische Polizei hat am Sonntag in der osttürkischen Stadt Diyarbakir vier weitere Verdächtige der fundamentalistischen Hisbollah gefunden. Zwei der Opfer gehörten erst vor einer Woche zu den vier Verdächtigten, die am Sonntag in Istanbul bei einem Terroranschlag ums Leben gekommen waren. Die mit sich in den vergangenen zwei Wochen landesweit 40 Opfer gefunden worden. Bei ihrem Vorgehen gegen die Hisbollah hat die Polizei bislang mehr als 50 Personen festgenommen. Wie bei früher gefundenen Opfern waren auch bei den in Diyarbakir gefundenen Verdächtigen die Finger an den Kopf gesteckt. Die Polizei hat noch das Motiv hinter den Mord nicht geklärt. Die türkische Hisbollah entstand in den 80er Jahren im Südsüden Anatoliens. Es gilt als gesichert, dass die türkische Sicherheitskräfte die Organisation in den 80er und frühen 90er Jahren in ihrem Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nutzten, obwohl Staatspräsident Süleyman Demirel und der Generalstab dies dementierten.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 28. Januar 2000	
<b>Kategorie A (thesaurierend)</b>	
Ausgabepreis:	€ 67.00
Rücknahmepreis:	€ 65.63
<b>Kategorie B (ausschüttend)</b>	
Ausgabepreis:	€ 68.40
Rücknahmepreis:	€ 65.03